

# Aus Zeitschriften

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **9 (1929-1930)**

Heft 5-6

PDF erstellt am: **17.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Aus Zeitschriften

„Allgemeine Schweizerische Militärzeitung“, Zürich (Nr. vom 15. Juli):  
Oberst-Divisionär Ulrich Wille / Unsere Bewaffnung.

(Wenn wir die Waffen unserer Truppen mit denen der beiden neuzeitig gerüsteten Nachbararmeen Frankreichs und Italiens vergleichen, stehen wir unter dem Eindruck von deren ungleich mächtigeren Bewaffnung und technischen Hilfsmittel. Mit dem einfachen Vergleich der Rüstungen verschiedener Länder ist es aber nicht getan. Es kommt auch auf die Aufgabe an, die eine Armee zu erfüllen hat. Vor dem Krieg standen für uns Deutschland und Frankreich im Vordergrund. Nach einer Neutralitätsverletzung hätte unsere Armee nicht allein unser Gebiet zu verteidigen, sondern im Verein mit der nun verbündeten Nachbararmee in der schweizerischen Hochebene den gemeinsamen Feind zu bekämpfen gehabt. Entsprechend folgte unsere Bewaffnung und Truppenordnung den deutschen und französischen Vorbildern. Heute, nach dem Weltkrieg, steht unsere Armee vor der Möglichkeit, durch Neutralitätsverletzung in einem italienisch-französischen Konflikt mitkämpfen oder unser Land gegen Süden oder Westen ohne Hilfe einer Nachbararmee verteidigen zu müssen. Da die Kriegserfahrungen die große Verteidigungskraft einer zäh kämpfenden Infanterie, besonders wenn diese noch durch ein gebirgiges, deckungsreiches Gelände unterstützt wird, erwiesen haben, darf unsere Landesverteidigung heute zuversichtlicher beurteilt werden als vor dem Weltkrieg. Die volle Ausnützung und zielbewusste Pflege der infanteristischen Kraft muß daher in Zukunft die Grundlage unserer Landesverteidigung und das Maschinengewehr, als die Hauptwaffe der Infanterie, die Hauptwaffe überhaupt bilden, ohne daß dabei natürlich andere Waffen vernachlässigt werden dürfen.)

„Europäische Revue“, Berlin (Juli): Walter Heinrich / Zentralismus, Föderalismus und Minderheitenfrage.

(Unter den Schlagworten atomistisch und organisch treten sich heute die politische Welt des 19. und die des anbrechenden 20. Jahrhunderts gegenüber. Im demokratisch-parlamentarischen Staat erfolgt die Bildung des Staatswillens durch Auszählung der Einzelwillen, wobei der Wille der Mehrheit als Wille der Gesamtheit gilt. Die Minderheiten (theoretisch 1—49 % der Staatsbürger) werden nicht berücksichtigt, die Mehrheit (51—99 %) gibt allein den Ausschlag. Im Gegensatz dazu steht der organische Staat. Er baut sich aus lauter „autonomen“, d. h. in sich selbst geschlossenen, mit eigenem Leben und gewissen Hoheitsrechten ausgerüsteten Lebensbereichen auf. Die sog. Minderheitenfrage scheint nun auf dem Boden des zentralistischen Staates des 19. Jahrhunderts unlösbar. Es gibt aber nur wenige europäische Staaten, die die politischen Grundsätze des 19. Jahrhunderts schon verlassen haben, und gerade diese sind in Sachen Zentralismus nicht frei von Fehlern. Wird die unvermeidliche Wandlung zu einer Aufhebung der nationalen Staaten führen? Fordert die europäische Sache von den Völkern Europas etwa den Verzicht auf ihren Staat? Nein. Was sie fordert, ist nur das Abgehen vom Nationalstaat des 19. Jahrhunderts mit seinem Zentralismus und seinem bürokratischen Mechanismus, und die Errichtung eines bündischen, wesenhaft dezentralistischen und föderalistischen Staates, der in ganz neuer Art eine innere Verbindung europäischer Staaten anbahnen kann. Auf der Bahn der Weiterbildung und Verwirklichung der organischen Staatsidee liegt die europäische Zukunft, nicht auf dem Irrwege der Ausbildung weiterer parlamentarisch-demokratischer, liberalistischer und zentralistischer Institutionen in und über den Staaten Europas.)

„**Note Revue**“, Zürich (Juli): Otto Kunz / Mehr und bessere Kulturveranstaltungen.

(Die sozialistische Arbeiterbewegung habe in den vergangenen Jahrzehnten rationalistischer Einstellung die Rolle des Gefühlslebens bei der Bildung von Weltanschauungen und im Kampfe der Partei- und Kulturrichtungen unterschätzt. Die Geisteshelden wiesen großen Umwälzungen den Weg. Die gefühlsbetonten Massen seien die Träger der Idee. Vor lauter Appell ans Materielle und vor lauter verstandesmäßigem Gewerkschafts- und Wahlparteietrieb sei die Gefühlskultur von der sozialdemokratischen Führung vernachlässigt worden. Den bürgerlichen Festveranstaltungen fehle der innere Gehalt. Ihre Unterhaltungen und Konzerte ermangeln der grundlegenden und geschlossenen Idee. Man werde von einem Gefühl ins andere hineingerissen. Vergeblich suche man nach dem tieferen Sinn der Dinge und sei enttäuscht, nur gegenwartsfremde Worte zu hören. Mit den proletarischen, kulturellen und anderen Veranstaltungen verhalte es sich aber manchmal nicht viel anders. Selbst in einer Arbeiterstadt wisse eine Menge Menschen nicht, wofür am 1. Mai demonstriert würde. Der Verfasser verlangt daher Verlebendigung und Vereinheitlichung von allem, was man dem Arbeiter an kulturellen Dingen biete, durch eine bestimmte Tendenz. „Gerade die Tendenz ist unser großes Kulturplus.“)

„**Stimmen der Zeit**“, Freiburg i. Br. (Juli): Josef Schröteler / Die Überwindung des Liberalismus im Bildungswesen.

(Die Wissenschaft des 19. Jahrhunderts war von einem Allmachtsdünkel der Vernunft beherrscht. Der „Gelehrte“ galt zugleich als der „Gebildete“ und die Gelehrtenschule wurde die Schule. Einseitiges Betonen menschlicher Kräfte enthüllt aber schließlich von selbst die Unhaltbarkeit des falschen Ansatzes. Das Leben warf Probleme in großer Zahl auf und heischte gebieterisch Antwort. Die stolze Wissenschaft tat so, als fühle sie sich behaglich wohl in ihrem Eigenreich. Gegenüber der Verschiedenheit der Standpunkte und dem Auseinanderfallen der Meinungen in den tiefsten Menschheitsfragen wuchs indessen von Tag zu Tag das Sehnen nach Einheit. Vor allem die „Geisteswissenschaften“ fühlten sich in steigendem Maße unbefriedigt in ihrer Vereinzelnung. Man sprach von einer „Krisis der Geisteswissenschaften“, im besonderen der Psychologie, die erkennen mußte, daß aus keinen noch so fein säuberlich erforschten Atomen sich lebendiges Menschentum zusammenfügen ließ. Der Krieg brach den erstarrten und durch das rationalisierte Jahrhundert festgestampften Boden erst recht auf. Vor der Seele des in seinem Menschentum aufs tiefste aufgewühlten Frontsoldaten erwies sich das Gebäude der rationalisierten Wissenschaft als morsch. Diese Menschen waren empfänglich geworden für „Neues“. Heute ist es auch dem gemeinen Mann zum Bewußtsein gekommen, daß es in den großen Schulfragen und parlamentarischen Auseinandersetzungen um mehr als eine organisatorische Gestaltung unseres Bildungswesens geht. — Der (katholische) Verfasser führt Spranger, Scheler u. a. als Kronzeugen für die „Grundlagenkrisis“ der heutigen Wissenschaft an und fordert selbst Organisierung der wissenschaftlichen Hochschule aus einer geschlossenen Weltanschauung heraus.)

„**Süddeutsche Monatshefte**“, München (Juli); Sondernummer: Die Minderheitenfrage.

(Vorwort von R. A. v. Müller; Beiträge u. a. von Kurt Trampler / Völkerbund und Völkerfreiheit; Werner Hasselblatt / Die Kulturautonomie in Estland; Josip Wilfan / Für die Sicherheit der Völker; Erich Walch / Die Nationalitätenfrage in der Sowjet-Union; Constantin Staniszschew / Die mazedonischen Bulgaren u. s. w. — In Europa leben heute 40 Millionen Menschen als sog. nationale Minderheiten. Davon sind etwa 15 Millionen Grenzminderheiten, d. h. grenzen geschlossen an gleichartiges Volkstum und

sind lediglich durch politische Grenzen und gegen ihren Willen von diesen getrennt. Bei 25 Millionen dagegen handelt es sich um zerstreut siedelnde, in andere Volkswesen verzahnte und verzackte Volkstumsinseln.)

„**Volk und Reich**“, Berlin (Juli): Albrecht Haushofer / Zwangsläufigkeiten und Ziele, Grundsätzliches zu einer deutschen Politik in Europa.

(Es gibt politische Zeitabschnitte, wo ältere Entwicklungen auslaufen und Neues so deutlich beginnt, daß selbst der stumpfe Zeitgenosse für kurze Weile unruhig wird. Europa befindet sich im Verhältnis zu den übrigen Erdteilen seit dem Krieg in wirtschaftlicher Rückbildung. Deutschland, das keine Reserven aufzuzehren hat, spürt das besonders deutlich. Es wird dadurch aber auch als erstes Land dazu gezwungen, neue Wege zu suchen. Immer aber findet sich Staat und Wirtschaft daselbst noch von den Kräften des Wilhelminischen Zeitalters geleitet, die Kriegsgeneration von allen Entscheidungen ferngehalten. Hier liegen die Wurzeln einer weitverbreiteten Unrast, einer Friedlosigkeit, die nach Führung und klaren Zielen ruft. — In früheren Jahrhunderten bedeutete ein Krieg in Europa noch nicht die Zerstörung jeder Lebensordnung überhaupt. Heute besteht zwischen der räumlichen Größengliederung des europäischen Erdteiles und der Verkehrsbeschwindigkeit und der Reichweite der Waffen ein solches Mißverhältnis, daß Europa einen Krieg nicht mehr erträgt, ohne völlig zu zerbrechen. Im Deutschen Reich können von rund fünfzig Großstädten nur vier nicht von außerhalb der Grenze aufgestellten Geschützen erreicht werden. In der Schweiz, in Österreich, Belgien u. s. w. gibt es überhaupt keinen Ort, bei dem das nicht der Fall ist. Paris und Madrid sind die einzigen europäischen Hauptstädte außerhalb der Reichweite solcher Geschütze. Das will nicht etwa heißen, daß sich der Krieg als solcher überlebt habe. Es sind ihm nur gewisse Räume zu klein geworden. Es gab Zeiten, wo man zwischen zwei Dörfern Krieg führen konnte. Heute kann man es nur noch zwischen halben oder ganzen Kontinenten. So verbindet die Hochkulturvölker Europas eine neue Schicksalsgemeinschaft. Sie müssen sich miteinander vertragen. Das will noch nicht heißen, daß man sich zu lieben braucht. Aber man soll einander nicht unnötig reizen. — Ein deutsches Zukunftsprogramm hat diese Lage zu berücksichtigen. Es muß davon ausgehen, daß mit einem künftigen Wiederverlegen von Grenzen nicht alles getan ist. Man muß sich auch zu verständigen suchen, wo Vergeltung näher läge. Andererseits soll man wissen, was man bieten und entsprechend verlangen kann. H. glaubt, daß das Deutsche Reich weder den überseeischen Ländern, noch England, aber auch nicht Frankreich, Italien und Rußland in nächster Zeit Wesentliches zu bieten vermöge. Anders verhalte es sich nur mit dem „subgermanischen Trümmerfeld Zwischeneuropas“. Keiner der westrussischen oder österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten könne heute seine Lage als gesichert betrachten, sei es wegen der russischen Gefahr, sei es wegen der inneren Probleme, mit denen keiner dieser Staaten jemals allein fertig werde. Diesen Staaten könne nun Deutschland bei ihrem wirtschaftlichen Aufbau helfen. Vor allem aber müsse es ihnen eine politische und staatliche Begriffswelt vermitteln, auf Grund derer sie einzig ihren inneren Schwierigkeiten Herr zu werden vermöchten. — H. verlangt daher für Deutschland, wenn es jemals zu einer solchen Führerrolle in „Innereuropa“ berufen sein wolle, eine Übereinstimmung der Grundlagen seines inneren Staatslebens mit den Notwendigkeiten der einzigen aktiven Außen- und Wirtschaftspolitik, die ihm noch bleibe. Und das heißt praktisch zwischen den zwei einzigen Möglichkeiten wählen: entweder, wie der amerikanische Standpunkt es verlangt: Europa ist zu klein für den Nationalismus, also soll das nationale Gemeinschaftsgefühl seiner Völker an sich bekämpft werden. Oder dann die gemeingefährlich gewordene Staatsauffassung, den zentralistischen Nationalstaat, seiner bözartigsten Waffen entkleiden. Wie Kirche und Staat sich im Laufe von Jahrhunderten voneinander getrennt haben und kein europäischer Staat heute mehr ein

bestimmtes religiöses Bekenntnis von seinen Angehörigen verlangt, so soll künftig kein Staat mehr ein bestimmtes kulturelles Bekenntnis von ihnen verlangen. Wie kann aber ein solcher Verzicht des Staates auf kulturellen Zwang so gesichert werden, daß er wirklich unwiderruflich ist? Es handelt sich hier um nichts weniger als das Aufgeben einer Grundlage aller Demokratie: um das Aufgeben des Rechts der Mehrheit und die Anerkennung von Rechten, die vom Willen einer Mehrheit unabhängig sind. Ähnliches gilt, wenn man neben dem Recht der Menschen ein Recht des Raumes fordert. Der Staat muß so gegliedert sein, daß er Verbindungen möglich macht, statt starre Grenzen zu ziehen. „Wenn man im Deutschen Reich bei allen Reformplänen doch nur an die Möglichkeit dächte, wie man Wien von Berlin aus regiere. . . Der Teil eines Volkes, der zufällig seinen größten Staat bildet, hat kein Recht, sich mit westlichen Verfassungen mehr als nötig von seinen Volksgenossen in andern Ländern zu trennen.“)

„**Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft**“, Basel (Heft 2, 1929): Prof. Paul Speiser / Aus der Zeit des Eisenbahnrückkaufs.

(Der Verfasser bekennt, von Anfang an ein Freund der Verstaatlichung der Eisenbahnen gewesen zu sein. Die privaten Eisenbahnverwaltungen hatten in den 70er Jahren im ganzen Lande die Popularität eingebüßt. Die meisten von ihnen befanden sich in schwierigen Finanzverhältnissen. Gegenüber dem Begehren um Erstellung neuer Linien verhielten sie sich ablehnend, oder wenn sie darauf eingingen, reichten ihre Mittel zum Bau nicht aus. Die Unpopularität der Privatbahnen genügte indes noch nicht, um dem Bunde die Kraft zu einer aktiven und offensiven Eisenbahnpolitik zu verschaffen. In weiten Kreisen wirkte die föderalistische Abneigung gegen die Erweiterung der Bundeskompetenzen und insbesondere im Welschland gegen den Etatismus und gegen Bern. Bundesrat Welti versuchte es daher mit der „Penetration“, d. h. mit dem freihändigen Aufkauf von Aktien der einzelnen Eisenbahngesellschaften. Der Aufkauf der Aktien der Zentralbahn wurde indessen 1891 in der Volksabstimmung mit rund 290,000 gegen 130,000 Stimmen verworfen. Die Verstaatlichungsfreunde hatten eine schwere Niederlage erlitten. Welti trat zurück. Dagegen kam jetzt der erste katholische Bundesrat seit Bestehen des Bundesstaates in die oberste Landesbehörde, Zemp. Zemp war vorerst Gegner der Verstaatlichung. Im Laufe der Zeit änderte er aber seine Stellung. 1896 vermochte ein revidiertes Eisenbahnrechnungsgesetz, gegen das das Referendum ergriffen worden war, in der Volksabstimmung 223,000 Ja gegen 176,000 Nein auf sich zu vereinigen. 1897 erschien die Rückkaufsbotschaft des Bundesrates, einige Jahre nachher beschloß das Schweizervolk den Rückkauf. Sp. ist der Überzeugung, daß die Verstaatlichung „für die Entwicklung unseres Eisenbahnwesens die größten Fortschritte gebracht hat“. Der Erwähnung wert ist noch eine Bemerkung des Verfassers über die Gotthardvertragsfrage. Es heißt da über einen Bericht von Ständerat Scherb über den Rückkauf der Gotthardbahn und die darüber stattfindenden Kommissionsverhandlungen aus dem Jahre 1895: „Es mag konstatiert werden, daß gegen Herrn Scherbs Bericht über den Rückkauf der Gotthard-Bahn, in welchem Herr Scherb keinerlei juristische Bedenken dagegen anerkennen wollte, auch von welscher Seite nichts eingewendet wurde, was dann nicht hinderte, daß wir bei der großen zweiten Gottharddebatte 1912 von welscher Seite mit Vorwürfen über dieses Gutachten überschüttet wurden, wobei natürlich gänzlich ignoriert wurde, daß im internationalen Verkehr die stärkste juristische Position nichts nützt, wenn der mächtigere Vertragsgegner nicht will; Genf hat das seither in der Zonenfrage auch reichlich erfahren. Der Fehler des Bundesrates in der Gotthardvertragsfrage war die äußerst sorglose und fast fahrlässige diplomatische Behandlung der Sache vor dem Vollzug des Rückkaufs.“)